

Pressemitteilung vom 03.02.2011

FREIE WÄHLER zur Zukunft der Bundeswehr im Oberland

Florian Streibl MdL – Standorterhalt oder knackige Standortförderung – Staatsregierung muss in Sachen Bundeswehrreform die Kommunen aktiv begleiten!

Oberammergau / München (lu). Florian Streibl, MdL und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag hat vor dem Hintergrund der damals bekannt gewordenen Absichten zur Verkleinerung der Bundeswehr bereits im Juni 2010 eine schriftliche Anfrage an die Bayerische Staatsregierung gerichtet, um in Erfahrung zu bringen, wie sich die Auflösung von Bundeswehrstandorten im Oberland auf die Kommunen und Landkreise ausgewirkt hat.

Die Staatsregierung kommt darin zum Ergebnis, dass sich z.B. die Gemeinden Lenggries und Murnau im Zeitraum zwischen 1990 und 2010 insgesamt positiv entwickelt haben und die Folgen der Standortschließungen mittel- und langfristig nicht negativ gewesen wären. (Nähere Informationen siehe Schriftliche Anfrage im Anhang).

Streibl dazu: „Selbstredend ist der Erhalt der Bundeswehrstandorte in der Region ein wichtiges Signal für die Menschen in der Region. Über Jahrzehnte gewachsene Strukturen, die in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Region einwirken, könnten weiter ihre positive Wirkung entfalten. **Das muss oberste Priorität bei den anstehenden Beratungen zur künftigen Standortstruktur haben.** Sollte die Bundesregierung aber erneut gravierende Einschnitte in die Bundesstandorte im Oberland vornehmen, dann braucht es frühzeitig einen Plan B, um die betroffenen Gemeinden tatkräftig bei der Konversion zu unterstützen. **Ich erachte es als notwendig, dass künftig ein spezielles Förderprogramm zur Konversion militärischer Anlagen vom Freistaat aufgelegt wird, was es bislang in der Form nicht gegeben hat.** Hier muss auch der Bund Mittel zur Verfügung stellen, da er die Entscheidung traf, die Bundeswehr zu verkleinern. Angesichts der Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung in letzter Zeit braucht es bei solch gravierenden Auswirkungen auf die Strukturen von Gemeinden und ländlichen Räumen längerfristig laufende Unterstützungszahlungen, um die schwierigen Transformierungsprozesse zu realisieren. Das Beispiel Murnau zeigt, wie lange es dauert, um ein Kasernenareal zu entwickeln.“

Streibl abschließend: „Sollte es erneut zu Standortschließungen kommen, muss eine klare Rechnung aufgemacht werden: der Bund ist zu 100% für die Schließung verantwortlich, der Staat hat dann auch zu 100% die Kosten dafür zu tragen, die Gemeinden strukturell und wirtschaftlich wieder auf die Beine zu bringen.“

Pressekontakt:

Abgeordnetenbüro Florian Streibl MdL - Ludwig Utschneider M.A. – Referent
Othmar-Weis-Straße 5 – 82487 Oberammergau

Email: referent@florian-streibl.de

Telefon: 08822 / 935282; Fax: 08822/935287 www.florian-streibl.de